

Widerstand gegen ein neues Genfer Ausschaffungsgefängnis

Mehrere linke Parteien und Asylorganisationen haben in Genf eine Petition gegen den Ausbau der Administrativhaft eingereicht

In Genf entstehen derzeit 168 neue Plätze für die Administrativhaft von abgewiesenen Asylbewerbern. Dagegen wehrt sich die Koalition «Stopexclusion». Sie verweist auf die humanitäre Tradition von Genf.

Andrea Kucera, Lausanne

500 bis 700 neue Plätze für die Ausschaffungshaft sollen in den nächsten Jahren in der Schweiz entstehen. So sieht es die gemeinsame Erklärung von Bund und Kantonen vor, die im Hinblick auf die Neustrukturierung des Asylbereichs im Januar 2013 vorgestellt wurde. Der Kanton Genf geht dabei mit gutem Beispiel voran: Er hat Ende August den Bau eines neuen Ausschaffungsgefängnisses mit insgesamt 168 Plätzen in Angriff genommen. Ab 2018 sollen hier Personen inhaftiert werden, die nach einem negativen Asylentscheid nicht freiwillig ausreisen.

Gegen die neue Anstalt regt sich nun aber Widerstand. Mehrere Linksparteien sowie Asylorganisationen reichen am Donnerstag im Genfer Parlament eine

Petition gegen den Genfer «Ausschaffungs-Hub» ein, wie sie angekündigt haben. Rund 3000 Personen haben den Appell der Koalition «Stopexclusion» an die Genfer Regierung unterzeichnet und fordern, dass der Kanton Genf als Sitz des Menschenrechtsrates und des IKRK seine Ressourcen anderweitig als für die Inhaftierung von Ausländern einsetzt. «Genf ist ein Ort der Menschenrechte, nicht der Ausgrenzung», sagt der Kampagnenleiter Aldo Brina. Nicht zuletzt stellen die Petitionäre die Frage, wie dieser Mehrbedarf an Haftplätzen gerechtfertigt wird.

Zentralisierung im Asylwesen

Wie eingangs erwähnt, ist derzeit eine Neustrukturierung des Asylwesens in Gang. Die Schweiz wird dafür in sechs Asylregionen aufgeteilt, wobei jede Region mehrere neu zu erstellende Bundeszentren beherbergen soll. Für die Ausschaffung bedeutet dies, dass ein Grossteil der Wegweisungen nach einem negativen Asylentscheid künftig direkt aus den Bundeszentren vollzogen wird. Die Kantone sind deshalb angehalten, die Planung neuer Ausschaffungsgefängnisse untereinander abzu-

sprechen und auf die Neustrukturierung auszurichten. Im Fall von Genf heisst das, dass auch die Waadt und Neuenburg auf das Genfer Ausschaffungsgefängnis zurückgreifen können. Weitere Kantone könnten hinzukommen.

Wie bereits erwähnt, rechnen Bund und Kantone im Zusammenhang mit der Neuorganisation mit einem Mehrbedarf von 500 bis 700 Plätzen in der Administrativhaft. Warum eigentlich? «Ziel der Neustrukturierung ist es, rasche und faire Verfahren sicherzustellen», sagt Martin Reichlin vom Bundesamt für Migration (BFM). Diese Beschleunigung sei aber nur wirkungsvoll, wenn ein konsequenter Wegweisungsvollzug sichergestellt werden könne. «Hierfür müssen weitere Haftplätze geschaffen werden.» In der Tat besteht bereits heute ein Defizit an Plätzen, was darauf hinausläuft, dass ein Teil der ausreisepflichtigen Personen abtaucht und somit nicht ausgeschafft werden kann. Dies soll mit der Zentralisierung des Vollzugs besser kontrolliert werden. Im erläuternden Bericht des BFM zur Neuorganisation der Administrativhaft von Februar 2014 heisst es dazu, man könne davon ausgehen, dass die Kantone aufgrund der zusätzlichen Haftplätze die

Ausschaffungshaft vermehrt und zu einem früheren Zeitpunkt anordnen könnten. «Dadurch dürfte sich die Anzahl der zwangsweisen Ausreisen erhöhen», schreibt das BFM. Hier setzt die Kritik von «Stopexclusion» an: «Diese Entwicklung hin zum vermehrten Gebrauch des Freiheitsentzugs bei Wegweisungen ist problematisch», sagt Brina. Schliesslich würden Personen in Haft genommen, die nichts verbrochen hätten.

Neue Gefängnisplätze geplant

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Petition von «Stopexclusion» vom Genfer Parlament angenommen und an den Staatsrat überwiesen wird, ist gering. Die Mehrheit im Grossen Rat steht hinter der Regierung, was sich bei den Diskussionen um den Kredit für das neue Gefängnis gezeigt hat. Der Kanton plant derweil beim Flughafen bereits ein weiteres Zentrum mit 50 Haftplätzen für Personen, deren Ausreise unmittelbar bevorsteht. Dies geht aus der gegenwärtigen Anstaltsplanung hervor. Es ist also davon auszugehen, dass der Grenzkanton Genf bei der Neuorganisation des Asylbereichs eine wichtige Rolle spielen wird.